



UNSERE SICHERHEIT EUROPA

Aus dem Inhalt:

■ Ein schwarzer Tag für Europa	1
■ Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?	1
■ Erdogans Europa	2
■ EU: Türkei – Explosion einer Zeitbombe	3
■ Konflikte und Konfliktpotenzial in und um die Türkei	4

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Ein schwarzer Tag für Europa

Der 17. Dezember 2004 war ein schwarzer Tag für die Europäische Union und die Europäische Idee. Obwohl die vorliegenden Fakten deutlich aufzeigen, dass die Türkei die politischen Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht erfüllt



Dr. Erich Hochleitner

und auch die EU auf absehbare Zeit nicht fähig ist, ohne selbst Schaden zu nehmen, ein Land wie die Türkei aufzunehmen, gab der Europäische Rat grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Er hat dabei so wie in Helsinki und Kopenhagen über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden, die mit überwiegender Mehrheit in den meisten Ländern einen türkischen EU-Beitritt ablehnen.

Der Europäische Rat hat sich in Brüssel auf einen Verhandlungsrahmen geeinigt, der einer vielfältigen Interpretation je nach eigenem Standpunkt offen ist. Während die Türkeilobby in der EU den Weg frei für die Aufnahme der Türkei sieht, vertreten die Türkeiskeptiker die Ansicht, dass die vorgesehenen Kautelen ausreichend sein dürften, eine Hochzeit nach der erfolgten Verlobung zu verhindern.

Die für die EU existentielle Grundsatzfrage, nämlich die Frage ob die Führungselite der EU noch gewillt ist, das Ziel einer echten, immer engeren Einigung der europäischen Staaten und Völker im Sinne der Vision der Gründungsväter weiter zu verfolgen oder nicht, wurde auch diesmal aus der Diskussion verdrängt. Die Finalität der EU muss endlich offen in den europäischen Institutionen, aber auch mit den Bürgern der Union diskutiert werden, wenn man nicht endgültig das bereits schwer angeschlagene Vertrauen der europäischen Bürger verlieren will. Da mit der Türkei auch über die Zukunft der EU entschieden wird, ist es richtig, das Volk entscheiden zu lassen, doch dürfte eine solche Entscheidung, wenn man den Bürger ernst nimmt, nicht auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Dies wäre auch fair gegenüber der Türkei!

Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

Hon. Prof. DDr. Erich Reiter

Obwohl die Frage der Aufnahme der Türkei in die EU primär eine Frage der europäischen „Innenpolitik“, nämlich die Frage nach der weiteren Entwicklung und der Zukunft der EU ist, stehen bei den Beratungen auf europäischer Ebene außen- und sicherheitspolitische Überlegungen im Vordergrund.

Das zentrale Argument der Befürworter der Aufnahme der Türkei in die EU ist, dass eine Erweiterung der EU in den Nahen und Mittleren Osten die Stellung der EU in diesem strategisch wichtigen Raum stärken und eine Mitgliedschaft der Türkei für die Union in sicherheitspolitischer und strategischer Hinsicht beachtliche Vorteile brächte. Die Union bekäme durch die Türkei einen strategisch wichtigen Vorposten im Nahen und Mittleren Osten und die türkische Armee, die zahlenmäßig zweitgrößte Armee der NATO, würde auch das sicherheitspolitische und militärische Gewicht der EU heben.

Damit wäre die EU ein wichtiger und stärkerer globaler Akteur. Nach den Worten des deutschen Außenministers Joschka Fischer würde damit ein neues „strategisches Europa“ mit globalen Aufgaben und globaler Handlungsfähigkeit entstehen.

Diese Argumentation ist völlig verfehlt. Das Gegenteil ist der Fall.

Geostrategische Aspekte

Die Türkei ist weniger ein Land an der europäischen Peripherie als vielmehr ein Land mit einer geopolitischen und geostrategischen Schlüsselrolle im Bereich Naher Osten beziehungsweise Greater Middle East. Durch die Mitgliedschaft in der EU würde diese gemeinsame Grenzen mit den Kaukasusrepubliken Armenien und Aserbaidschan, mit dem Iran, dem Irak und Syrien erhalten. Die EU würde damit zu einer Frontstaatsituation in der

größten Problemregion der Welt kommen. Das Vorrücken der Grenzen der Union bis in die große Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens bedeutet ein erhöhtes Risiko, in Konflikte involviert zu werden. Gemäß NATO-Analysen liegen 19 der 21 potentiell gefährlichsten Konfliktherde der Welt im unmittelbaren strategischen Umfeld der Türkei.

Eine strategische Ausdehnung der Union in den Mittleren Osten bringt das „eherne geopolitische Gesetz“, dass derjenige, der einen Raum beherrscht, auch die mit diesem Raum verhafteten Probleme erbt, zum Tragen.

Das Verhältnis Türkei-Armenien ist noch immer vom – von Ankara bis heute nicht anerkannten – Völkermord von 1915/16 überschattet, bei dem über eine Million Armenier den Tod fanden. Von türkischer Seite ist man nach wie vor nicht bereit, die Verantwortung für den Genozid zu übernehmen, sondern versucht weiterhin, den Armeniern Massaker und Völkermord in die Schuhe zu schieben. Zwischen der Türkei und dem heutigen Armenien bestehen keine diplomatischen Beziehungen.

Die Beziehungen zu Aserbaidschan und Georgien sind gut, wobei die Türkei versucht, ihren Einfluss als Regionalmacht in diesen Ländern zu stärken. Die Türkei steht damit unweigerlich in einem „natürlichen“ Konkurrenzverhältnis zu Russland, das in diesem Raum historisch-traditionelle Interessen hat und verfolgt. Diese Situation wird zunehmend zu größerer Rivalität führen. Im Verhältnis zum Iran treffen zwei divergierende islamische Welten aufeinander: hier die sich zumindest offiziell laizistisch definierende sunnitische Türkei und dort der schiitische Gottesstaat Iran.

Auch die Beziehungen zu Syrien sind schwierig und problembeladen. Wie die

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Erdogans Europa

Wes Geistes Kind der Aufdränger aus Ankara ist, lässt sich nicht nur an einer politischen Aufdringlichkeit erkennen, sondern auch an entlarvenden Worten. Indem er sich auf das Prinzip Einbeit in Vielfalt - bezeichnenderweise in dem deutschen Boulevard-Blatt „Bild“ (also Millionenfach) - bezieht, begibt sich der Türke auf eine moralische Plattform, die man in seinem politisch rückständigen, jedenfalls unreifen Herkunftsland - siehe Kurden oder Christen - vergeblich sucht.

Originalton Erdogan: „Wenn die EU ihre 'Identität' auf das Christentum beschränken würde - was ich für falsch halte -“, wäre „ein solches Verhalten der Integration abträglich“ oder könnte sogar das Gegenteil bewirken. Noch nicht drinnen und schon ein weiterer Beweis verblendeter Arroganz, unangemessener Schulmeisteri und eines totalen Unverständnisses für die politische Kultur, wie sie die Union bisher auszeichnet.

Während dem anmaßenden Türken eine Mehrheit der Staats- und Regierungschefs der EU geradezu hilflos gegenüber steht, drängt sich diese Frage auf: Hätte ein Charles de Gaulle Konrad Adenauer derart abgekanzelt? Unvorstellbar, undenkbar. Wie die anderen Träger des Integrationsgedankens als friedfertige Lehre aus Geschichte und Chaos verband sie jene europäische Gesinnung und zivilisatorische Widerstandskraft, die manchem der heutigen Akteure offenkundig abgeht.

Wenn schon die Ja-Sager von Brüssel Standfestigkeit, Ideentreue und kämpferisches Selbstbewusstsein im Fall Türkei mehrheitlich vermissen lassen, bleibt ein Trost: Das Volk zeigt mehr Spürsinn für die Möglichkeiten aber auch die Gefahren als mancher verunsicherter VIP oder abgebobene Routinier, der an nichts anderes denkt als an seine Wiederwahl. Diese ist nach dem türkischen Fehltritt landauf, landab immerhin zweifelhaft geworden. Kurzsichtigkeit und Käuflichkeit werden sich rächen. Auch für die Türkei. Und Geschichte kennt kein Erbarmen.

Fortsetzung von Seite 1

meisten arabischen Staaten, betrachtet auch Syrien die Türkei zurückhaltend und ein wenig verdächtig. Die Nutzung der Flüsse Euphrat und Tigris verursacht ernsthafte Probleme sowohl im Verhältnis zu Syrien als auch zum Irak. Die enge politische und militärische Zusammenarbeit Türkei und Israel belastet zweifellos die Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten und zur arabischen Welt und bestärkt die arabischen Staaten in ihrer historisch bedingten negativen Grundeinstellung gegenüber dem Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches. Im Verhältnis zum Irak besteht durch die nicht gelöste Kurdenfrage ein gewaltiges Konfliktpotential, das durchaus zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnte.

Die EU als Teil des Nahostproblems

Die Union als Ganzes würde durch die Mitgliedschaft der Türkei zweifellos stärker in die Nahostprobleme und die anderen Probleme des Mittleren Ostens hineingezogen. Die Türkei ist durch die strategische Partnerschaft mit Israel beziehungsweise das strategische Dreiecksverhältnis USA-Türkei-Israel nicht nur ein Akteur im Nahen Osten, sondern auch in die Nahostprobleme direkt und indirekt involviert. Die Türkei kann sich aus den regionalen Problemen nicht verabschieden und wird in der Region primär ihre nationalen Interessen verfolgen. Die Union würde durch die Mitgliedschaft der Türkei daher nicht nur den von ihr verfolgten Status eines objektiven Vermittlers im Nahen Osten verlieren, sondern selbst ein Teil der Nahostprobleme werden.

Fehlende strategische Aktionsmittel

Da die ESVP noch in ihrem Entwicklungsstadium ist und der EU die erforderlichen strategischen militärischen Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen, fehlen derzeit ausreichende europäische Aktionsmittel zur Krisenbeherrschung dieses schwierigen sicherheitspolitischen Umfeldes. Die EU tut sich heute noch schwer mit Krisenmanagement im Bereich Südosteuropa. Sie ist auf Krisen- und Konfliktmanagement im Bereich Naher und Mittlerer Osten keineswegs vorbereitet und sie hat – ganz abgesehen von den militärischen Interventionsfähigkeiten als Voraussetzung – auch noch keine politische Basis zur Lösung der Probleme in dieser großen Krisenregion erarbeitet. Gerade diesbezüglich wäre es vordringlich, gesamteuropäische Interessen zu entwickeln, die einzelstaatlichen beziehungsweise nationalen Interessen übergeordnet sind. Genau das wird aber durch die Mitgliedschaft der Türkei, die selbstver-

ständig aufgrund der Lage in der Region ganz vitale eigene Interessen hat und auch verfolgen muss, völlig unmöglich. Die Türkei wird vielmehr logisch und geradezu zwangsläufig versuchen, die EU beziehungsweise deren Mitglieder zur Lösung der Probleme in ihrem Interesse zu instrumentalisieren.

Von der Türkei ist auch kaum ein echt substantieller Beitrag zur militärischen Interventionsfähigkeit der EU zu erwarten. Das große Militär der Türkei ist in weit höherem Maße veraltet, als das der europäischen Länder und die Mittel, die den Europäern militärisch fehlen, hat die Türkei erst recht nicht.

Kurdenfrage

Auch die Unfähigkeit der Türkei, Minderheiten zu achten und mit ethnischen und kulturellen Minderheiten, wie der kurdischen, im Sinne kollektiver Rechte umzugehen, sowie die mangelnde Bereitschaft, die Staatsdoktrin des türkischen Nationalismus zu überwinden, hat zur Folge, dass die Türkei in der Region in Zukunft keine vermittelnde, sondern eine reine interessenorientierte Position und Politik einnehmen wird. Mit der Aufnahme der Türkei in die EU würde auch das politisch ungelöste Kurdenproblem zu einem internen Problem der Europäischen Union, mit einem sehr hohen internationalen Konfliktpotential werden.

Die Türkei - Energietransitland

Die geographische Nähe der Türkei zu wichtigen Erdölvorkommen und die Rolle der Türkei als Transitland für Erdöl und Erdgas wird als ein wesentliches Argument für die Aufnahme der Türkei in die EU benutzt. Der Bau von Pipelines durch die Türkei zum Mittelmeer hat allerdings primär keine europäische Dimension, sondern verfolgt primär amerikanische Ziele und hat eine globale Dimension. Eine Mitgliedschaft der Türkei wird die Realisierung von Pipeline-Projekten kaum echt beeinflussen. Die Türkei liegt zwar aus geographischen Gründen am Drehkreuz wichtiger Energiezulieferer, doch es gibt günstigere Routen – sowohl hinsichtlich der Nähe zu den europäischen Verbrauchszentren, als auch hinsichtlich der Kosten – um Europa in Zukunft ausreichend mit Energie zu versorgen.

Türkei - Terrorismusrisiko und internationale Kriminalität

Hinsichtlich der inneren Situation der Türkei ist sicherheitspolitisch von Rele-

Fortsetzung auf Seite 4

EU: Türkei – Explosion einer Zeitbombe

ÖIES-Europaforum 2004

Prof. Klaus Emmerich

Die Aufnahme von Verhandlungen der EU mit der Türkei, die in einem Beitritt dieses nicht-europäischen Landes in die EU münden würde, brächte jene Zeitbombe zur Explosion, die mit der Zuerkennung des Kandidatenstatus im Jahr 1999 gelegt worden sei. Diese Meinung vertrat der frühere französische Europaminister Alain Lamassoure vor dem 8. Europaforum des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES). Lamassoure, derzeit Mitglied des Europäischen Parlaments, sieht durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Zustimmung der Bevölkerung zur EU-Verfassung gefährdet. „Weil viele gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei eingestellt sind, könnten sie „nein“ zur Europa-Verfassung sagen.“ Dies komme einer europäischen Tragödie gleich.

Das Eröffnungsreferat des Europaforums, das in der Diplomatischen Akademie Wien am 25. und 26. November 2004 stattfand, hielt der politische Direktor des Österreichischen Außenministeriums Botschafter Dr. Thomas Mayr-Harting. Die österreichische Diplomatie habe zwar seit Jahren Für und Wider der Türkei-Problematik abgewogen, die Entscheidung liege jedoch bei der Politik.

Für em. Univ.Prof. Dr. Heinrich Schneider von der Universität Wien gefährdet schon allein die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die europäische Identität der EU. Die Grundlagen der europäischen Integration sind laut Schneider ernsthaft in Frage gestellt.

Der frühere Ständige Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter Dr. Manfred Scheich, sieht die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft, die ohnedies latent gefährdet sei, in Frage gestellt. Durch einen Türkei-Beitritt würden die Probleme der Entscheidungsfähigkeit der EU potenziert. Ex handle sich dann um einen „Quantensprung zusätzlicher Heterogenität in der EU“.

Das Kräftegleichgewicht um die innere Substanz der Gemeinschaft sieht auch Prof. Franco Algieri durch einen Vollbeitritt der Türkei zutiefst erschüttert.

Für eine privilegierte Partnerschaft als verantwortbare Alternative zur türkischen Vollmitgliedschaft setzte sich der bayrische Staatsminister für Europaangelegenheiten Eberhard Sinner ein.

Für Prof. Wolfgang Quaisser vom Osteuropa-Institut München hat die EU ihre

wirtschaftliche Leistungs- und Aufnahme-fähigkeit bereits erreicht.

Die Türkei bringt der EU keinen Sicherheitsgewinn, erläuterte Sektionschef Prof. DDr. Erich Reiter vom Bundesministerium für Landesverteidigung. Er warnte vor falschen Perspektiven und Argumentationen.



Staatsminister Eberhard Sinner



Sicherheitspolitisches Panel

Prof. Lothar Rühl von der Universität Köln sieht die Türkei zwar als strategischen Partner in der NATO, nicht jedoch in der EU. Selbst nach europäischen Maßstäben habe die türkische Armee eine Modernisierung dringend nötig, sie sei daher militärisch nur von begrenztem Wert und nicht mehr unbedingt einsatzfähig.

Senator Wim van Eckelen, der frühere Generalsekretär der Westeuropäischen



MEP Alain Lamassoure

Union, plädierte für die Einbeziehung der Türkei – in welcher Form auch immer.

Unter dem Titel „Welche Union wollen wir?“ befassten sich sachverständige Vertreter der vier österreichischen Parlamentsparteien mit der Zukunft der EU. Univ. Prof. Dr. Reinhard Rack, Mitglied des Europäischen Parlaments, sieht den Reifeprozess der EU noch nicht weit und stabil genug gediehen. Der SPÖ-Abgeordnete Dr. Caspar Einem setzt sich im Gegensatz zur seiner Parteiführung für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein. Der FPÖ-Klubobmann Herbert Scheibner meldete erhebliche prinzipielle und praktische Bedenken an, während der grüne Nationalratsabgeordnete Dr. Peter Pilz eine gewisse Sympathie für die Türkei erkennen ließ.

Der Präsident des ÖIES, der Nationalratsabgeordnete Dr. Werner Fasslabend, sah mit dem 8. Europaforum die ganze Spannweite der Türkei-Problematik herausgearbeitet.

Für ihn geht es auch um einen gesamteuropäischen Bewusstseinsprozess, in dem Ziele, Definitionen und das Verständnis der Bürger, wie mit dem Europa-Forum geschehen, zu gestalten sind.

